



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

spd/III/149

8. Dezember 1948

Marshallplan und Länderprogramme

Von Dr. G. Lütken, Hannover

Der bisherige Verlauf der Verhandlungen in Paris läßt es fraglich erscheinen, ob die europäischen Marshallplanländer ihrem amerikanischen Partner einen gemeinsamen Aufbauplan zum 15. Dezember vorlegen können. Wie nicht zu verwundern, haben sich Schwierigkeiten ergeben, als man daran ging, die von den einzelnen Ländern ausgearbeiteten Pläne aufeinander abzustimmen und zu einem "Meisterplan" für die europäische Marshallhilfe zusammenzufassen. Es handelt sich darum, unter den europäischen Nutznießern der amerikanischen Wirtschaftshilfe möglichst Übereinstimmung zu erzielen über die Grundlinien ihres wirtschaftlichen Aufbaus während der kommenden vier Jahre. In großen Zügen sollen die einzelnen Programme darstellen, durch welche wirtschaftspolitischen Maßnahmen Europa so entwickelt werden kann, daß es mit dem Auslaufen der amerikanischen Subsidien wirtschaftlich auf eigenen Füßen steht.

Schon während des ersten Jahres der Marshallhilfe ist klar geworden, daß die amerikanischen Auffassungen darüber, wie die wirtschaftlichen Probleme Westeuropas gelöst werden sollen, nicht ohne weiteres mit denen der europäischen Teilnehmer übereinstimmen. Maßgebende Strömungen in den Vereinigten Staaten halten eine enge Verflechtung der europäischen Länder in einem größeren Wirtschaftsgebiet für geboten. Sie sind geneigt, die Marshallhilfe als ein Mittel zu sehen, mit dem sich dieses Ziel bei allseitigem guten Willen fördern lasse. Dieser amerikanische Standpunkt hat sich bisher nicht recht durchgesetzt. Das Statut der OEEC sieht vor, daß die von diesem Gremium gefaßten Beschlüsse erst noch ^{der} Bestätigung durch die einzelnen Mitgliederstaaten bedürfen. Alle einzelnen europäischen Teilnehmer haben ihre Vierjahresprogramme jetzt so angelegt, daß sie das Ziel der wirtschaftlichen Selbständigkeit ausschließlich durch isolierte Entwicklung ihrer nationalen Möglichkeiten, der wirklich gegebenen oder der erträumten, erreichen wollen.

Die für die weitere Entwicklung wichtigsten Programme sind die Groß-Britanniens, Frankreichs und Westdeutschlands. Die Schwierigkeiten, die sich zunächst ergeben haben, knüpften an das englische Programm an. England will 1951 einen aktiven Saldo seiner Zahlungsbilanz in Höhe von 100 Millionen Pfund erreichen sowie eine geringe Erhöhung des Lebensstandards über das Vor-

kriegsniveau hinaus. Zu diesem Ziel sollen die Einfuhren mit 8 Milliarden der Menge nach bei gut 80-Prozent der Vorkriegshöhe gehalten werden und die Ausfuhr bei 7.4 Milliarden dem Werte nach auf 150 Prozent der Vorkriegshöhe gesteigert werden. Damit wird eine Erhöhung der Inlandsproduktion bei der Industrie um 40 Prozent über den Vorkriegsstand und um 25 Prozent über den von 1947 notwendig. Gleichzeitig soll die landwirtschaftliche Produktion erhöht werden, so bei Getreide auf 8.4 Millionen Tonnen (Vorkrieg nur 4.6), aber auch bei Molkereiprodukten.

Im Außenhandel soll gleichzeitig eine beträchtliche Verlagerung vorgenommen werden, um den Bedarf an Dollarwährung zu reduzieren. Im Rahmen des Marshallprogrammes sind die in Aussicht genommenen Handelsbeziehungen mit den anderen europäischen Teilnehmern das Wichtigste. Das englische Programm sieht Ausfuhren nach europäischen Marshall-Ländern in gleichbleibender Höhe von 360 Millionen Pfund jährlich vor und eine allmähliche Steigerung der Einfuhren aus diesen Ländern von zur Zeit 300 auf 437 Millionen. Das ist vom Standpunkt des Gesamtaufbaus in Europa kaum genügend, weil ja die Exporte nach England den anderen auch die Sterlingsbeiträge mit beschaffen müssen, derer sie für Rohstoffbezüge aus den überseeischen Sterlingländern bedürfen. Auch sie müssen ja ihre Importe möglichst nach außerhalb der Dollarländer verlegen, und in den Rohstoffländern mit Sterlingwährung treffen sie bei ihren Industrie-Exporten vielfach auf Schwierigkeiten der England zustehenden Vorzugsbehandlung oder von Seiten der Währungskontrollen im Sterlinggebiet.

Frankreich hat gleichfalls eine erhebliche Steigerung seiner Ausfuhr vorgesehen. Es plant dafür, seine traditionellen Verfeinerungswaren und landwirtschaftlichen Produkte zu nutzen. So soll der Weizenertrag bis 1952 um etwa 25 Prozent über den Vorkriegsstand hinausgebracht werden. Als guten Markt hatte man sich den englischen gedacht. Im Interesse seiner Wirtschaftskonsolidierung gedenkt England an seiner frugalen Lebenshaltung zunächst festzuhalten und auch seine Landwirtschaft weiter zu verbreitern. Auf dieser Linie etwa bewegt sich die französische Kritik. Sie weist auch darauf hin, daß letzteres für die kontinentalen Länder eine Knappheit an Pfunden zu schaffen drohe, die in ihren Wirkungen nicht weniger fatal sei als die jetzige an Dollars, von der man während der Laufzeit des Marshallplans loskommen müsse.

An diesen Meinungsverschiedenheiten zeigen sich nur Schwierigkeiten, denen allgemein bei der Koordinierung der Einzelprogramme zu begegnen ist. Es steht zu hoffen, daß sich der Gesichtspunkt mehr durchsetzen wird, daß der Weg zur Gesundheit nur über eine größere Vereinheitlichung Gesamteuropas gefunden werden kann.

(b/B.37/2/812/hs)

Die nächste Sitzung des Parteivorstandes der SPD findet entgegen einer irrtümlichen Meldung im "Sozialdemokratischen Pressedienst" am Freitag, d. 10. und Sonnabend, d. 11. Dezember in Bad Godesberg statt. Eine Pressekonferenz im Anschluß an die Sitzung ist für Sonnabend abend 18.00 Uhr vorgesehen.

Chance und Risiko der SPD

Wir geben im folgenden den Abschnitt eines Artikels wieder, der in der letzten Nummer der Halbmonatsschrift "Die Gegenwart" erschien.

"Es ist keine Frage, dass den Kern der Partei auch weiterhin die Arbeiterschaft bilden wird, jene gediegene Substanz unseres Volkes, die das Sozialistengesetz ebenso überwunden hat wie die verunglückte Revolution von 1918, und die sich gegenüber dem Terror des Nationalsozialismus ebenso standhaft behauptet hat wie gegenüber dem einmal weltrevolutionär, dann wieder national ausgeputzten Phantom des Kommunismus. Die grosse Chance, die dieser historische Augenblick der deutschen Nation zum zweiten Male nach 1918 bietet, wird sie überhaupt nur wahrnehmen können, indem sie ihre Politik der sozialen und nationalen Selbstbehauptung auf diesen moralisch krisenfestesten Kern des deutschen Volkes stützt. Aber die Arbeiterschaft ist, soziologisch gesehen, eine zu schmale Basis, zu schmal jedenfalls für eine Partei, die mehr sein will als eine Bewegung für soziale Reformen und mehr sein soll als nur der linke Flügel einer bürgerlichen Demokratie.

Es ist leicht gesagt, aber zunächst doch nur eine literarische Formel, dass der Krieg die Deutschen zu einem Volk von Proletariern gemacht habe. Die Restaurierung der bürgerlichen Parteien seit 1945 - Dr. Schumacher spricht ihnen eine objektive "gegenrevolutionäre" Funktion in der deutschen und europäischen Entwicklung zu - hat einstweilen erwiesen, dass die Vernichtung oder auch nur die Nivellierung des Besitzes, also der Zusammenbruch der ökonomischen Struktur der deutschen Gesellschaft, den deutschen Bürger keineswegs "proletarisiert" und ihn ermuntert hat, aus seinem unleugbaren sozialen Notstand auch radikale politische und ideologische Konsequenzen zu ziehen. Ganz wesentlich aus dem Widerstand dieser Schichten entwickelt jene "Gegenrevolution" ihre Chancen, wie sie es vornehmlich sind, von denen die künftige Gestalt Deutschlands neben der politischen Haltung der Arbeiterschaft beeinflusst sein wird. Diese Schichten, und nicht so sehr die "Massen der Werktätigen", sind es auch, die die Sozialdemokratie gewinnen muss, für deren Umstellung auf die neue Realität nicht das Klassenbewusstsein, sondern das soziale Gewissen das entscheidende Kriterium sein muss. Schon in den Jahren der Weimarer Republik hatte die SPD in den Schichten der Angestellten Fuss gefasst und in gewissem Umfange die durch die erste Währungsreform "Expropriierten" zu sich herübergezogen, ohne freilich, jedenfalls in der Terminologie, ihren klassenpolitisch bestimmten Standort aufzugeben, ohne freilich auch den Typus der Massenpartei als eine zu eng gewordene ideologische Haut abzustreifen und sich zur Partei der nationalen Mehrheit weiter zu entwickeln. Die Spannungen, mit denen die Sozialdemokratische Partei sich in der inneren Diskussion um die Neuorientierung auseinandersetzen muss, sind die gleichen, die sich im deutschen Volke selbst aufgetan haben zwischen gesellschaftlichem Sein und politischem Bewusstsein: die sich vollziehende neue Klassenschichtung verlangt geistig und organisatorisch eine grosse zusammenfassende Konzeption, die der "realen Verfassung" dieses Volkes entspricht. Wenn es gelingen soll, Deutschland aus der Versteinierung in die

"zwei Nationen" der Besitzenden und der Besitzlosen zu lösen, dann muss es der SPD. gelingen. Ihr aber, deren Existenz aus der deutschen Geschichte nicht wegzudenken ist, ohne dass man den Verfall der deutschen Nation mitdenkt, wird es nur gelingen, wenn sie mit der Idee der Freiheit und des Sozialismus den Mittelstand, die Intelligens und die Jugend zu erfassen versteht, gegen Musseren, aber auch gegen inneren Widerstand. Das ist ihre /grosse Chance, aber auch ihr grosses Risiko." (m/1/712/1/ha)

Ardennenschlacht 1944

Die letzte deutsche Offensive

Dr. R. Unter den Fehlentschlüssen, die Deutschlands Niederlage herbeiführten, spielt die Ardennenschlacht eine verhängnisvolle Rolle. Sie kommt auf das besondere Schuldkonto Hitlers und kostete uns die letzte schlagkräftige Armee.

Die militärische Lage war Anfang Dezember 1944 verzweifelt. Im Westen standen Engländer und Amerikaner an der Grenze; im Osten war es zwar noch einmal gelungen, den russischen Vorwarsch aufzuhalten, Vorbereitungen für eine neue Offensive rückten aber die Überflutung der deutschen Ostgebiete in unmittelbare Nähe. In dieser Situation entschloss sich Hitler, alles auf eine Karte zu setzen; er wollte den westlichen Alliierten eine vernichtende Niederlage beibringen und sich dann gegen die Russen wenden. Zwei seit September aufgestellte Panzerarmeen sollten dies Wunder vollbringen.

Die deutschen Westgrenzen waren von drei feindlichen Armeegruppen bedroht. Auf dem Nordabschnitt, von Aachen nordwärts, standen Montgomery mit Engländern und Kanadiern, in der Mitte, mit der Stossrichtung Koblenz, die 12. amerikanische Armeegruppe unter Bradley, südlich davon die 6. Armeegruppe unter Devers. Bradleys Truppen war die Hauptrolle beim Angriff auf Deutschland zugeacht; er sollte am 20. Dezember mit seinen beiden Flügelarmeen, der 9. und der 3., auf Aachen und Frankfurt am Main vorstossen. Zu diesem Zwecke hatte er seine mittlere Armee, die 1. unter Hodges, auf eine Frontbreite von 150 km auseinander gezogen und insbesondere die Front zwischen Luxemburg und dem Hohen Venn nur schwach gesichert.

Wegen des ungünstigen Geländes glaubte Bradley hier nichts befürchten zu brauchen. Er hielt wohl überhaupt einen deutschen Angriff für unwahrscheinlich. Gerade an dieser Stelle aber hatte Hitler seine Überraschungsoperation angesetzt. Dem Generaloberst Model, der den Angriff leiten sollte, standen etwa 250.000 Mann zur Verfügung, ausser den beiden Panzerarmeen von Dietrich und Manteuffel vor allem frisch aufgestellte "Volksgranadierdivisionen"; der Hauptstoß sollte auf dem rechten Flügel von der 6. Panzerarmee Dietrichs gegen Antwerpen geführt werden. Der linke Angriffsflügel unter Manteuffel hatte den Auftrag, diesen Angriff nach Süden abzuschirmen. Feldmarschall von Rundstedt, seit Kluges Selbstmord wieder Oberbefehlshaber West, erhob ebenso wie Model selbst Einwendungen gegen den Plan; sie schlugen eine Operation geringeren Ausmasses zur Abschneidung britischer Frontteile bei Aachen vor. Hitler blieb bei einer Konferenz in Berlin am 2. Dezember unbelchrbar.

So kam es am 16. Dezember zum Angriff, mit völlig unzureichender Versorgung an Munition und Benzin, die man sich aus den feindlichen

8. Dezember 1948

Magazinen zu verschaffen hoffte, vor allem aber ohne jede Sicherung gegen die feindliche Luftflotte, gegen die eine angesagte Schlechtwetterperiode Schutz bieten sollte. Trotzdem glückte zunächst die Überraschung des Feindes. Als Bradley noch an lokale Gegenangriffe glaubte, überschritt Manteuffels 5. Panzerarmee bereits das luxemburgische Grenzflüsschen Ur und drang in den nächsten Tagen bis dicht an die Maas bei Givet und Dinant vor. Er hatte einen Einbruch von 100 km Tiefe und 65 km Breite erzielt.

Aber nun begannen sich die Schwächen der deutschen Operation auszuwirken. Dietrichs Panzerarmee blieb, nach Rundstedts Meinung durch Unfähigkeit der Führung, vor Maledy und Monschau stecken; dadurch war Manteuffels Vormarsch, ursprünglich nur als Hilfsoperation für Dietrich gedacht, entgegen dem Plan zur Hauptoperation geworden. Auf seine Flanken drückten nun mit zunehmender Stärke feindliche Entlastungsangriffe von Süden, denen Manteuffel infolge der Entschlusslosigkeit des OKW durch Frontwechsel nicht rechtzeitig entgegenwirken konnte. Als vollends am Heiligabend das Wetter sich aufklärte und 5.000 englisch-amerikanische Flugzeuge in den Kampf eingriffen, war das Schicksal der Offensive besiegelt. Sie gestaltete sich zur Katastrophe, weil Hitler wieder einmal die Genehmigung zum rechtzeitigen Rückzug verweigerte.

So endete die letzte deutsche Westoffensive, mit unzulänglichen Mitteln auf zu weit gesteckte Ziele angesetzt, mit einem völligen Zusammenbruch. Ihr Hauptfehler bestand freilich darin, dass sie nach der militärischen Gesamtlage auch zwecklos bleiben musste, wenn sie zunächst zum Erfolg geführt hätte. Nicht durch Sabotage, wie noch heute gelegentlich behauptet wird, sondern infolge der Unfähigkeit der obersten Führung. (b/B74/712/1/he)

Der klassische Sozialismus und Russland

In Schweden verliess dieser Tage der letzte namhafte Intellektuelle die Kommunistische Partei, Dr. phil. Per Meurling, ehemals Redakteur des kommunistischen Zentralorgans "Ny Dag" Stockholm, hat genug von der schwedischen Sowjetfiliale und gibt in einem Artikel die Einrückte wieder, die zu sammeln er als Besucher der Sowjetunion Gelegenheit hatte, aber aus Zweckmässigkeitsgründen zu äussern bisher nicht für opportun hielt.

"Marx und Engels hatten erklärt, dass der Staat in einer sozialistischen Gesellschaft langsam absterben würde, um dann durch eine freie Vereinigung der Menschen ersetzt zu werden. In der Sowjetgesellschaft dagegen blühte der Staat zu einem allmächtigen Wesen auf, das den einzelnen Menschen völlig unterwarf. Die auf die militär-ökonomische Politik des Sowjetstaates eingestellte Propaganda zeigte ungewollt schon 1930, wohin der Weg ging. Die verbreiteten Photographien der Industrieanlagen erinnerten an die Reklamedrucke während der Durchbruchzeit des Industrialismus um die Jahrhundertwende.

In der Kunst wurde einer nationalistischen Geschichtsmalerei gehuldigt und die Literatur zeichnete nur noch schwarz und weiß. Erzschorken und übertrieben edle Helden kamen auf die Szene, die Tugend wurde belohnt und das Laster bestraft. Der legale Abort wurde wieder abgeschafft und auch die Homosexualität unter Strafe gestellt. Die freie Arbeitsschule mußte einer streng disziplinierten Streberanstalt weichen.

Die einsetzende allgemeine Gleichrichtung illustriert am besten die folgende kleine Anekdote:

Als der höchste Sowjet die Homosexualität wieder unter Strafe stellte, faßte der Telegrafist in einem kleinen südrussischen Ort die Meldung irrtümlich so auf, daß der Verkehr zwischen Personen verschiedenen Geschlechts nunmehr verboten sei. Die sofort einberufene Dorfsowjetvertretung beschloß einstimmig, dem neuen Gesetz 100prozentige Folge zu leisten und Stalin ein enthusiastisches Danktelegramm zu senden....

Die vorgenommene Revision des Marxismus wurde im kommunistischen Lager als eine geniale Weiterentwicklung und Anpassung der Theorie an die gegebenen Verhältnisse betrachtet. Der russische Staat mit seinem Militarismus, Polizeiwesen und der schwerfälligen Bürokratie erhielt eine sozialistische Legitimation, die je nach den Augenblicksbedürfnissen geändert werden konnte. Bereits 1936 verkündete Stalin die "Verwirklichung des Sozialismus", da Produktionskräfte und Produktionsmittel zu diesem Zeitpunkt vom Staate übernommen waren. Damit sollte auch zum Ausdruck gebracht sein, daß es keine ausbeutende Klasse in der Sowjetgemeinschaft mehr gäbe. Tatsächlich ist aber der Unterschied zwischen dem Leben in der Arbeiterkasernen und den Wohnungen der höheren Bürokratie so enorm, daß kaum irgendwo außerhalb Rußlands ein Vergleichsbild noch zur Verfügung steht. Die Theorie, daß alle ausbeutenden Klassen in Rußland liquidiert seien, ist eben nur Theorie. Die ungeheuren Unterschiede im Lebensstandard legen von den realen Klassengegensätzen ein Zeugnis ab, das auch dadurch nicht weniger abschreckend wirkt, wenn man auf die Erklärung Karl Marx' hinweist, daß nur die schlimmsten Ungerechtigkeiten der bürgerlichen Gesellschaftsordnung in der sozialistischen Gesellschaft beseitigt werden könnten und Rücksicht auf Fähigkeit und Verdienst des einzelnen zu nehmen sei. Ohne Zweifel hat Marx dabei vorausgesetzt, daß die von der bürgerlichen Gesellschaft aufgerichteten brutalen Schranken gemildert und humanisiert würden. Der Sozialismus befindet sich nun in der Gefahr, gleichgesetzt zu werden mit Aufrüstung, Kasernenleben, Zensur, Geheimpolizei, Zwangsarbeit und niedrigem Lebensstandard. Es muß immer wieder mit größtem Nachdruck gesagt werden, daß der Begriff des klassischen Sozialismus in Rußland kompromittiert ist, denn Marx und Engels definierten ihn ganz anders".